

Jahres-Medienkonferenz

Donnerstag, 26. Januar 2017

Es gilt das gesprochene Wort

In schwierigem Umfeld die Stärken der Schweiz nicht aufs Spiel setzen

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

2017 wird sich economiessuisse nicht nur mit der Digitalisierung und der Steuerreform beschäftigen. Wir richten unseren Fokus insbesondere auf die Veränderungen im internationalen Umfeld. Es ist aus meiner Sicht zwar zu früh, um bereits von einer geopolitischen Zeitenwende zu sprechen. Doch der Trend hin zu mehr Protektionismus und einer Rückbesinnung auf den Nationalstaat ist unübersehbar. Der neue US-Präsident sieht sich als Vorreiter dieser Bewegung und hat bereits den Ausstieg aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP beschlossen. Über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zu Europa ist damit noch nichts gesagt. Aber mit einem zeitnahen Abschluss der TTIP-Verhandlungen ist nicht mehr zu rechnen. In dieses Bild passt auch die Absicht der britischen Regierung, den europäischen Binnenmarkt zu verlassen. Ein harter **Brexit** und eine protektionistisch eingestellte **USA** haben unweigerlich Folgen für die Schweiz. Als Exportnation mit sehr kleinem Binnenmarkt profitieren wir stark vom Freihandel und verbindlichen internationalen Standards. Die USA sind unser zweitwichtigster, Grossbritannien unser fünftwichtigster Handelspartner. In beiden Fällen brauchen wir den bestmöglichen Marktzugang. Ohne TTIP muss dieser über bilaterale Abkommen sichergestellt werden. Wenn Grossbritannien formell aus der EU austritt, muss ein entsprechender Vertrag mit der Schweiz sofort in Kraft treten. Das bietet auch eine Gelegenheit, den Marktzugang für beide Seiten noch zu verbessern, beispielsweise im Bereich der Finanzdienstleistungen. economiessuisse hat im Dezember ein Dossierpolitik veröffentlicht, das die Chancen im Zusammenhang mit dem Brexit ausführlich darlegt.

Auch die Europapolitik nimmt bei uns weiterhin einen ganz zentralen Stellenwert ein. Seit 2015 sind wir in der Kampagne «stark+vernetzt» engagiert, zusammen mit mittlerweile 60 weiteren Organisationen. Auch nachdem das Parlament eine pragmatische Umsetzung des Zuwanderungsartikels beschlossen hat, sind wir von der Notwendigkeit dieses Engagements mehr denn je überzeugt. Es stehen nämlich zahlreiche Entscheidungen an, die den weiteren Weg der Schweiz in Europa massgeblich beeinflussen werden. Dies gilt nicht nur für ein allfälliges Referendum zur **MEI-Umsetzung**, sondern auch für die **RASA-Initiative** oder einen möglichen Gegenvorschlag. Zu einer grundsätzlichen Weichenstellung kommt es spätestens dann, wenn die von der SVP und der Auns geplante **Kündigungsinitiative** an

die Urnen kommt. economiesuisse wird sich weiterhin mit aller Kraft für die wichtigen bilateralen Abkommen engagieren. Und ich hoffe sehr, dass alle konstruktiven Kräfte in diesem Land am selben Strick ziehen. Aus unserer Sicht ist die vom Parlament im Dezember beschlossene Umsetzung des Zuwanderungsartikels ein gangbarer Weg. Mit Blick auf die politischen Umstände und die gegenwärtigen Umwälzungen in Europa handelt es sich um eine sinnvolle, pragmatische Lösung.

Ein weiteres wichtiges Thema, das uns 2017 beschäftigen wird, ist die **Altersvorsorgereform**. Da dieses Dossier schwerpunktmässig vom Schweizerischen Arbeitgeberverband behandelt wird, möchte ich hier nicht auf die Details eingehen. Aus Sicht der Wirtschaft ist es erfreulich, dass die zuständige Nationalratskommission an der Stabilisierungsregel für die AHV festhalten will. Damit sind die AHV-Renten auch über das Jahr 2030 hinaus gesichert. Ein Rentenausbau um 70 Franken pro Monat für Neurentner, wie ihn der Ständerat fordert, würde die strukturellen Probleme der AHV hingegen weiter verschärfen. Bereits im Jahr 2035 würde in der AHV ein Finanzloch von fünf Milliarden Franken klaffen. Zudem hat das Stimmvolk mit dem deutlichen Nein zur Volksinitiative AHVplus der Gewerkschaften gerade erst klargemacht, dass es keinen AHV-Ausbau mit der Giesskanne will.

Ein Blick auf die anstehenden Volksabstimmungen zeigt, dass der Schweiz eine breite Debatte über die **Agrarpolitik** bevorsteht. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Errungenschaften der Agrarpolitik 2014/17 nicht wieder rückgängig gemacht werden. Die Abkehr von rein produktionsbezogenen Subventionen ist sinnvoll, denn sie stärkt das Unternehmertum im ersten Sektor. Hingegen stellen wir die Abgeltung von Leistungen für Biodiversität und den Kulturlandschutz, oder auch die Unterstützung von Bauernhöfen im Berggebiet nicht infrage. Die neue Agrarpolitik macht hier vieles richtig.

Zu reden geben wird 2017 auch die **Vollgeld-Initiative**, die allenfalls gegen Ende Jahr an die Urne kommt. Wie economiesuisse in einem Dossierpolitik vom vergangenen November dargelegt hat, gefährdet diese Vorlage die Preisstabilität und riskiert eine Währungskrise. Denn die Nationalbank müsste jährlich Geld ausschütten, das mit keinem Gegenwert gedeckt ist. Das birgt nicht nur die Gefahr einer Hyperinflation, sondern setzt auch die Unabhängigkeit der SNB aufs Spiel. Die Nationalbank hat sich bereits deutlich gegen die Initiative ausgesprochen. Ein solches weltweit einzigartiges Hochrisikoexperiment sollten wir nicht eingehen. economiesuisse wird sich deshalb für ein Nein einsetzen.

Alle diese Initiativen, die zu rechtlicher Unsicherheit, neuen Regulierungen oder riskanten finanziellen Experimenten führen, schwächen die Schweiz in einem ohnehin bereits schwierigen Umfeld. Es ist zwar unübersehbar, dass auch andere Länder momentan eher Mauern hochziehen als Brücken bauen. Aber als wohlhabendes Land, das von seinen Innovationen und dem Aussenhandel lebt, kann diese Entwicklung nicht in unserem Interesse sein. Noch gilt die Schweiz als Innovationsweltmeister und wettbewerbsfähigster Wirtschaftsstandort. Wir werden uns auch 2017 täglich dafür einsetzen, dass es dabei bleibt.